

DIE HÖLLE

Organ der Roten Hilfe für den Bezirk Erzgebirge-Bogtland

Einer unter vielen!

Der Mordmord war zu allen Zeiten eine beliebte Waffe bei politischen Wirrläufen und Fanatikern. Doch ist es unbestritten, daß man der Tat der Charlotte Corday, die einen Marat im Bade erdolchte, um dann freudig ihr Haupt auf den Richterblock zu legen, eine gewisse heroische Größe nicht absprechen kann. Die ganze proletarische Internationale war bis auf den Grund erschüttert, von dem Heldentum der russischen Revolutionäre des vorigen Jahrhunderts, die der Dementlichkeit gegenüber mit voller Verantwortlichkeit der Person für ihre Taten einstanden. Ebenso zeugt der Schuß Fritz Adlers gegen Stürgel von nicht geringem Mannesmut. Wie feig, wie nichtswürdig erscheinen dagegen jene elenden Gesellen der faschistischen Mörderorganisation, die ihre Opfer im Dunkeln suchen, aus dem Hinterhalte abkillen und dann ängstlich die Flucht ergreifen. Zu Hundert zählen die Gefallenen, die den giftigen Stichen dieses elken Gewürms erlegen sind. Von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an über eine Reihe der Besten der Besten bis zu dem letzten Opfer, unseres im „Marmorpalast“ gemordeten Genossen Hans Schneider.

Und dieses Gezücht hat seine Brutstätten in allen Rissen und Schlupfwinkeln der häußlichen Republik. Unter den schützenden und wärmenden Strahlen der sozialdemokratischen und bürgerlichen Regierung Sachsens entwickelt es eine schier unheimliche Fruchtbarkeit. Ob Verwaltungsapparat oder Richterstand, ob Polizei oder Reichswehr, überall macht sich der verderbringende Einfluß der Mordgesellen geltend.

Während man Hunderte unschuldige brave Arbeiter tagelang von einem Gefängnis zum anderen schleppt, ihnen ohne jedes Beweismaterial den Prozeß zu machen sucht, wie den Genossen Paetow, Arno und Fritz Thumeyer, Hans Müller, Karl Ruhn, Paul Engelmann, Crimmitschau, Hans Liebert, Alfred Neubauer und viele andere, die teils krank oder Epileptiker oder als Kriegsverletzte mit Lungenschüssen elendig dahinsiechen in den Strafanstalten, oder lang- und klanglos ohne Hilfe in ihrer Zelle verrecken, wie die alte Witwe Forwerk in Chemnitz, während man so gegen die rebellische Arbeiterschaft mit aller Brutalität wütet, erfreuen sich die faschistischen Mordbuben der

schützenden Hand höchster und einflussreichster Regierungsstellen. Noch keinem der Gemordeten hat die deutsche Republik ein Haar gekrümmt. Sie erfreuen sich alle der goldenen Freiheit und suchen unter neuen Plänen ihre niedrigen Nachgelüste zu befriedigen. Und so wird auch, so weit es an der deutschen Polizei und Justiz liegt, der Mord an unserem Genossen

Schneider ungehört bleiben. Das Konto ist vorläufig unbeglichen, wie so manches andere, aber sicher kommt die Zeit, wo die Arbeiterschaft den fälligen Wechsel präsentiert und seine Außenstände mit Zins und Zinseszins eintreiben wird. Dieses Gefühl mag wohl auch viele unserer maßgebenden Regierungsmänner beschleichen, denn sonst wäre das Massenaufgebot von Polizei zur Beerdigung des Genossen Schneider unverständlich. Ungezählte Tausende marschierten da an den Augen der spalterbilden bewaffneten Macht zur letzten Ehrung des so jäh Gefallenen. Nicht im offenen Kampfe mit dem Gegner empfing er die tödliche Wunde, ein feiger Streich aus dem Hinterhalte brachte ihn zur Strede. Sein Blut ist deswegen nicht weniger ehrenhaft für die heilige Sache des Proletariats geflossen und die gewaltige Teilnahme der werktätigen Bevölkerung ist Bürge dafür. Wenn in Zukunft das siegreiche Proletariat seine Helden aufzählt, wird es Hans Schneider nicht an letzter Stelle nennen. Die Polizei bemüht sich indessen krampfhaft, den Vorfall im „Marmorpalast“ zugunsten der faschistischen Wegelagerer „aufzuklären“. Mit der Verhaftung des Genossen Wesche, mit den zahlreichen



HANS SCHNEIDER
am 18. 11. 25 von Faschisten ermordet

Verhören und Hausdurchsuchungen; durch eine nichtswürdige Hebe verkommener Journalisten in den bürgerlichen Zeitungen soll die öffentliche Meinung beeinflusst und die wirklichen Mörder beschützt werden.

Daß ihnen solches diesmal nicht gelingt, beweist die zahlreiche Beteiligung am Sonnabend an der Protestkundgebung gegen die Verhaftung des Genossen Wesche. Selbst die sozialdemokratische „Volkstimme“ mußte auf Grund der parteiischen Polizeieinstellung gegen diese argumentieren. Das Innere der Stadt Chemnitz glich am Sonnabend wieder einmal förmlich einem Heerlager. Der Rasberg und ganze Straßengänge waren

von Hundertschaften der Sipo gesperrt. Das Panzerauto laufe wie besessen von einer Straße in die andere, durch seine Schießluken den zahlreichen Passagieren die geladenen Läufe provozierend unter die Nase haltend. Wagen bewaffneter Gefekeshüter trafen einer nach dem anderen als Verstärkung ein. Was mag der Herr Polizeidirektor von Chemnitz für diesen Tag wohl erwartet haben?

Die Ermittlung der wirklichen Mörder wird damit nicht im geringsten gefördert, im Gegenteil, derartige ermuntert nur diese heimtückischen Halunken. Oder glaubt man durch ein Massenaufgebot von Revolvern, Gewehrläufen und Gummiknüppeln die Schuld des Genossen Besche beweisen zu können? Wir sind in unserer glorreichen Republik gewiß an starke Stücklein unserer Polizei gewöhnt und haben ihr manches Opfer bringen müssen, aber ein so offenkundiger Schutz mordlüsterner Faschistenjünglinge ist selbst für unsere Tage etwas unerhörtes. Ist der neue Mordruf des Nationalsozialisten Wagner im bayrischen Parlament in Chemnitz ungehört verklungen oder hat es gar in manchen begierig aufhorchendem Ohr ein liebliches Echo gefunden?

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß unsere von Not und Elend gepönte Arbeiterschaft einer neuen politischen Verfolgungsaktion entgegengeht.

Der Tod des Genossen Schneider ist unseren republikanischen sächsischen Staatsanwälten Anlaß, nicht den Mörder zu suchen, sondern an den verhafteten Kommunisten und somit dem gesamten Proletariat ihr Mütchen zu kühlen.

Die zu erwartenden kommenden Prozesse werden die Klassenjustiz in ihrer ganzen nackten Willkür zeigen, und es wird des gemeinsamen Zusammenstehens aller Werktätigen bedürfen, um diesen neuen Schlag zu parieren. Die Rote Hilfe wird wieder Arbeit über Arbeit haben, um die geschlagenen Wunden zu heilen und die ärgsten Leiden stillen zu helfen. Wer ein Herz hat für den Genossen Schneider, wem an der Entlarung des faschistischen Mordbuben gelegen ist, wer einen Damm richten will gegen die neue Hochflut faschistischer Verfolgungswut, der komme und helfe am Auf- und Ausbau der Roten Hilfe. Sie ist das Bellwert aller politisch verfolgten Arbeiter und Arbeiterinnen. Jeder Pfennig, jedes neue Mitglied, ist ein willkommenes Baustein an dem gigantischen Werke der Zukunft. Wenn jeder Arbeiter von dem großen Gedanken des gemeinsamen Zusammenstehens ergriffen ist, wenn die Rote Hilfe Gemeingut aller Enterbten in Stadt und Land geworden ist, erst dann stehen unsere Zeichen auf Sieg. Kommt und helft die Tränen trocknen, die Leiden der Verfolgten lindern, kommt und helft der Klassenjustiz ihre Giftzähne ausreißen.

Der Beitritt zur Roten Hilfe ist eine der ersten Vorbedingungen des künftigen Sieges und die edelste Rache für den Tod unseres Genossen Schneider.

Die sächsische Klassenjustiz verweigert Weihnachtspakete

Wie wir erfahren, erhalten sämtliche Gefangenen, gleichviel, ob sie wegen politischer oder krimineller Vergehen ihre Strafe verbüßen, zu Weihnachten je ein Paket, soweit sie von Angehörigen oder sonstigen Korporationen damit beglückt werden.

Von dieser Vergünstigung will die sächsische Justiz den Genossen Hermann Franke, der zurzeit seine 15jährige Zuchthausstrafe in der Hölle von Waldheim verbüßt, ausschließen.

Warum diese Schikanierung des Genossen Franke? Der Genosse Franke ist trotz seiner bereits fünfjährigen Haft, die er sich wegen politischer Vergehen zugezogen hat, noch geistig frisch, weil er den Glauben an den endgültigen Sieg des Proletariats noch nicht verloren hat, weil er an der großen Solidarität der gesamten Arbeiterschaft nicht zweifelt. Dieser Umstand ist zweifellos für die Klassenjustiz Anlaß genug, um den Genossen Franke mit den kleinlichsten Mitteln zu quälen, damit er müde wird. Arbeiter und Arbeiterinnen! Macht diese Methode der Klassenjustiz zunichte, laßt nicht zu, daß eure Klassenbrüder im Kerker gequält werden. Erhebt Protest gegen die Maßnahmen der sächsischen Justiz den politischen Gefangenen gegenüber.

Soeben geht bei uns die Mitteilung ein, daß der Genosse Franke sein Paket bekommt.

Eure Lösung muß sein: Nun erst recht Kampf gegen die Klassenjustiz! Hilfe für die politischen Gefangenen!

Max Hölz soll zur Verzweiflung getrieben werden!

M. Seit der Verurteilung des Genossen Max Hölz zu lebenslänglichem Zuchthaus wenden die Kerkermeister der deutschen Bourgeoisie alle brutalen und infamen Mittel an, um sein proletarisches Selbstbewußtsein zu brechen und diesen mutigen revolutionären Kämpfer zur Verzweiflung zu treiben. Vielleicht geschieht das in der schürkischen Hoffnung, daß Hölz eines Tages seelisch und körperlich zusammenbrechen und dann freiwillig oder unfreiwillig seinem fürchterlichen Zuchthausleben vorkam sagen wird, um nie wieder die bürgerliche Gesellschaft und ihre Ruhe und Sicherheit zu bedrohen.

Erst vor wenigen Monaten hat sich Hölz mit dem Protestmittel des Hungerstreikes gegen die an ihm verübten unerhörten Schikanen und gegen die systematischen seelischen Folterungen zur Wehr setzen müssen. Er wurde dafür in ein noch schlimmeres Zuchthaus überführt. Daß trotz aller Proteste der deutschen Arbeiter die Kerkermeister fortfahren, Hölz seelisch und körperlich zugrunde zu richten, zeigt das jetzt bekannt werdende neueste Tatsachenmaterial.

Die Ehefrau des Genossen Max Hölz hat seit Wochen keinerlei Nachricht von ihrem Manne erhalten. An Max Hölz gerichtete Briefe und Geldsendungen werden von der Anstaltsdirektion des Zuchthauses in Groß-Strelitz an die Absender zurückgewiesen. Trotzdem nach der neuen Strafvollzugsordnung dem Zuchthausgefangenen jeden Monat ein Besuch zusteht, wird der Frau des Genossen Hölz ein Besuch ihres Mannes verweigert. Seit dem 8. September, also bald volle drei Monate, hat Hölz seine Frau nicht mehr zu Gesicht bekommen. Als die Genossin Hölz, beunruhigt über das Schicksal ihres Mannes, vor einigen Tagen nach Groß-Strelitz fuhr, wurde ihr brutaler Zutritt zum Zuchthaus verweigert. Ein Zuchthausbeamter gab auf die Frage der Genossin Hölz in bekanntem altpreußischem Kasernenhofstöne zur Antwort, daß sie sich nicht einbilden solle, ins Zuchthaus hereinzutreten, denn Hölz hat bis zum 14. Januar Besuchspere. Nach diesen vergeblichen Bemühungen, ihren Mann zu sehen, wurde die Genossin Hölz bis zur Abfahrt ihres Zuges von Spikeln überwacht, die offensichtlich den Auftrag hatten, sich zu überzeugen, ob die Genossin Hölz nach dieser brutalen Abweisung wirklich Groß-Strelitz verlasse. Auch im Zuge wurde die Bespigelung weiter fortgesetzt.

Man vergleiche bei diesen fortgesetzten Schikanen an Max Hölz die Behandlung, deren sich die Faschisten und Gememörder seitens der Gefängnisbehörden erfreuen. Der Hochverräter und Futtschilt Hitler erhielt während seines kurzen Festungsaufenthaltes täglich mehrstündige Besuche und mußte sogar durch Zeitungsinsertate seine Anhänger auffordern, ihn nicht so oft mit Besuchen zu behelligen. Auch alle anderen in Straf- und Untersuchungshaft befindlichen Faschisten haben sich einer ähnlichen fürsorglichen Behandlung und gleicher Vergünstigungen wie Hitler zu erfreuen. Proletarische politische Gefangene hingegen werden noch schlimmer behandelt, als die schwersten Kriminalverbrecher. Es ist ein unerhörtes Skandal, daß man dem Genossen Hölz seit Monaten den Besuch seiner Frau sperrt, alle Briefe sperrt und ihm sogar zu Weihnachten den Besuch seiner Angehörigen und den Empfang von Weihnachtspaketen verweigert.

Angeichts der immer wieder an die Öffentlichkeit dringenden ungeheuerlichen Tatsachen eines brutalen infamen Strafvollzugs an proletarischen politischen Gefangenen muß die Arbeiterschaft immer mächtiger ihrer Forderung Nachdruck verleihen: Heraus mit den letzten proletarischen politischen Gefangenen! Heraus mit Max Hölz!

Lebendig verbrannt!

M. In Wiener bürgerlichen Zeitungen steigt das Gespenst eines gräßlich ermordeten Opfers der Zankoffregierung auf. Es ist der Journalist Josef Herbst, ein gebürtiger Oesterreicher, dessen Todesumstände jetzt erst geklärt wurden und in ihrer Bestialität wahrlich ans Unglaubliche grenzen.

Herbst war ein bürgerlich-radikaler Schriftsteller, aber von besserer Art, ein Mann, der sich nach dem Zankoffputsche nicht duckte, sondern eine Wochenschrift „Mit“ (Ruf) herausgab, in der er die Verbrechen der Zankoffmörder unermüdet entlarvte. Die Zankoffbande verbot jedoch die Zeitung, doch Herbst gründet die unabhängige Tageszeitung „ABC“ und fuhr fort, die Greuel der Zankoffregierung zu brandmarken. Auch das „ABC“ wurde verboten. Darauf redigierte Herbst das täglich zweimal erscheinende „E“ (Echo), so daß Zankoff nicht umhin konnte, diesen gefährlichen Gegner aus dem Wege zu räumen.

Nach dem Attentat vom 16. April wurde Herbst, obwohl er nichts mit Kommunisten und Kommunismus, noch weniger mit

Verstärkt sofort die Offensive für die Winterhilfe!

dem Attentat zu tun hatte, verhaftet und ins Gebäude der „öffentlichen Sicherheit“ gebracht. Seither hat ihn niemand mehr gesehen. Es wurde aber später festgestellt, daß Josef Herbst zusammen mit seinem Mitarbeiter Ivan Gantschew und den beiden Stambulski-Ministern April Pawlow und Peter Janew lebendig in den Kessel der Heizung des Gebäudes geworfen und dort verbrannt wurde. Die Verbrennung fand an einem heißen Sommertage statt. Die Häftlinge waren erstaut darüber, warum bei der größten Sommerhitze die Zentralheizung im Betrieb war. Nachdem erst stellte sich heraus, zu wem grauenhaftem Zweck die Heizung in Betrieb gesetzt wurde.

Die Wiener Organisation der bürgerlichen Presse, der Josef Herbst angehörte, wird von mehreren Seiten aufgefordert, in dieser Angelegenheit Schritte bei der Zankoffregierung zu unternehmen, was sie sicherlich wohlweislich unterlassen wird.

Die Rote Hilfe muß härter werden!

Wie bringen wir die Rote-Hilfe-Organisation im Bezirk Erzgebirge-Vogtland schneller und besser vorwärts? Diese Frage wird manchem Mitglied der RH sonderbar vorkommen weiß es doch, daß der Bezirk Erzgebirge-Vogtland verhältnismäßig gute Monatseinnahmen an Beiträgen zu verzeichnen hat. Die Mitglieder, die dies meinen, unterliegen einer Täuschung, schon in der einen Frage der Aufbringung der benötigten Mittel.

Die RH benötigt im Monat mindestens 150 000 Mk., wenn die Unterstützung der Familien, die jetzt monatlich für die Frau 16 Mk., für jedes Kind 8 Mk. und für den Gefangenen 6 Mk. beträgt, nur um ein geringes erhöht werden soll. Die Erhöhung der Unterstützung für Frau und Kind wäre schon längst notwendig gewesen. Sie ist aber unmöglich, da die Mittel bisher nicht aufgebracht werden konnten. Bis jetzt bringt die RH nur 50 Prozent der insgesamt benötigten Mittel auf.

Kann die RH die insgesamt benötigten Mittel aufbringen? Ja. Kann sie überhaupt mehr Mittel aufbringen? Diese Frage rührt oft auf die größten Zweifel. Zweifel, die daraus geordnet werden, daß die einzelnen Arbeiter immerhin beachtenswerte Opfer bringen müssen, wenn sie ihren organisatorischen Verpflichtungen in bezug auf Partei, Gewerkschaft, RFB oder Reichsbanner, Rote Hilfe und vielleicht auch bei anderen Organisationen, wie Sport- oder Kulturvereinen, pünktlich nachkommen wollen. Ist es denn den Einzelnen überhaupt möglich, noch mehr an finanziellen Opfern zu bringen? Diese Frage so stellen, heißt, sie falsch stellen. Es gilt nicht die Frage „Wie bringen wir die einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen zu höheren finanziellen Opfern?“, sondern es muß die Frage aufgeworfen werden, „Wie vergrößern wir die Zahl der Mitgliedschaft der RH?“ damit durch Vermehrung der Einzelbeiträge höhere Summen erbracht werden.

Kann die Zahl der Mitglieder der RH überhaupt erhöht werden? Wir sagen ja. Woher sollen die Mitglieder kommen? Bis jetzt stellt sich die Mitgliedschaft der RH aus einem Teil der RPD, aus einem kleineren Teil SPD-Angehöriger und einem sehr beachtenswerten Teil Parteilofer zusammen. Die Kommunisten müßten längst geschlossen der RH als Mitglied angehören. Leider ist das nicht der Fall. Mit dem Aufhören des obligatorischen Beitrages hat es immerhin ein beachtenswerter Teil von RPD-Mitgliedern nicht fertiggebracht, sich sofort als Einzelmitglied der RH aufnehmen zu lassen. Von den parteilosen Arbeitern sind viel mehr Mitglieder zu gewinnen, wenn eine systematische Werbearbeit unter dieser Kategorie entfaltet wird. Die Arbeiterchaft läßt sich viel leichter für die RH-Organisation gewinnen, als zu einer politischen Partei. Auch von den sozialdemokratischen Arbeitern und Arbeiterinnen sind noch viele zu gewinnen, denn der Solidaritätsgedanke gegenüber den politischen Klassenkämpfern, sowie auch das Bewußtsein des Charakters der Justiz als Klassenjustiz und weiter die Notwendigkeit einer organisierten Abwehr aller Unterdrückungsversuche seitens der Klassenjustiz gegenüber dem Gesamtproletariat ist auch in den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiterchaft nicht vollständig erloschen. Mag die Werbearbeit unter diesen Kreisen auch schwerer sein. Sie muß trotzdem geleistet werden. Wo sie geleistet wird, bleibt auch der Erfolg nicht aus. Schon im März dieses Jahres waren es 1718 Arbeiter und Arbeiterinnen, die als Mitglied der RH ihre Parteizugehörigkeit zur SPD offen bekannten. Daß mancher sozialdemokratische Arbeiter seine Parteizugehörigkeit nicht bekennt, resultiert aus dem Druck, den diese Arbeiter von ihrer Führerschaft zu erdulden haben. Von 174 089 Mitgliedern der RH haben nur 104 497 ihre Parteizugehörigkeit angegeben. Es ist sicher eine viel größere Anzahl SPD-Arbeiter in der RH organisiert als die Zahl derjenigen, die ihre Zugehörigkeit zur SPD bekennen. Manche SPD-Arbeiter zahlen regelmäßig ihre Beiträge, nehmen aber kein Mitgliedsbuch, um ihre Mitgliedschaft zur SPD nicht zu gefährden. Der Solidaritätsgedanke ist ihnen aber doch zu heilig, als daß sie sich bereit erklärten, die RH zu bekämpfen, oder ihr die regelmäßigen Beiträge zu versagen. Mancher SPD-Arbeiter kann noch gewonnen werden.

Es gibt aber noch einen anderen Teil Arbeiter und Arbeiterinnen, unter dem viel leichter Werbearbeit für die RH zu leisten ist, wo sogar schon von vornherein der Erfolg als garantiert gelten kann. Man denke an die große Zahl der kommu-

Weihnachtsfeier

der Roten Hilfe



Sonnabend, 2. Dezember
abends 7 Uhr im

Rathaus Adler

nistischen Wähler. Im Reichsmaßstab gesehen kommen allein nach den letzten Wahlen, die für die RH nicht besonders günstig ausfielen, rund 2 000 000 Wähler in Frage. Würde jeder dieser Wähler Mitglied der RH und zahlte er im Monat nur einen Groschen als regelmäßigen Beitrag, so läme allein daraus schon der Betrag von 200 000 Mark zusammen.

Im Bezirk Erzgebirge-Vogtland sind nach den letzten Wahlen circa 138 000 Wähler der RH zu verzeichnen. Diese 138 000 kommunistischen Wähler würden im Falle der Mitgliedschaft zur RH bei nur einem Groschen Beitrag im Monat 13 800 Mark aufbringen. Wer will sagen, daß diese kommunistischen Wähler nicht bereit wären, mindestens den Groschen im Monat als Beitrag zu zahlen? Mancher von ihnen würde nicht monatlich, sondern wöchentlich einen Groschen zahlen, wenn er nur regelmäßig kassiert würde.

Die Frage der Stärkung der RH-Organisation ist also eine Frage der systematischen Werbearbeit in den Schichten des Proletariats, die der RH schon von vornherein zustimmend gegenüberstehen. Zweitens ist es eine Frage der regelmäßigen Kassierung der Mitgliedschaft. Beide Fragen ergeben sich als wichtige Aufgaben der RH, deshalb sind diese Aufgaben überall in den Vordergrund zu stellen und zwar nicht nur aus rein finanzieller Bedeutung.

Neben der Unterstützung der Familien der politischen Gefangenen, Kinderhilfe, Gewährung von Rechtsschutz muß die RH notwendig auch den politischen Kampf führen dort, wo die Bourgeoisie der Arbeiterchaft mit einer ihrer wichtigsten Waffen, mit der Klassenjustiz, gegenübertritt. Das Ziel der Klassenjustiz ist, vermittels der brutalsten Verfolgungsmethoden das Gesamtproletariat in all seinen politischen Regungen zu unterdrücken. Daß die Justiz nicht nur kommunistische Arbeiter in den Kerker schmeißt, sondern neben einer großen Anzahl parteiloser Arbeiter auch vielen sozialdemokratischen Arbeitern, ja sogar sozialdemokratischen Funktionären mehr oder weniger langen Aufenthalt in Gefängnissen und Zuchthäusern verschafft, ist genügend erwiesen.

Es geht also nicht nur gegen einzelne Teile der Arbeiterchaft, sondern gegen jede Klassenregierung des Proletariats.

Die RH leistet ihren Beistand auch an alle Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Ansehen der Parteizugehörigkeit. Deshalb ist die intensivste Werbearbeit auch unter der sozialdemokratischen Arbeiterchaft zu leisten.

Um diese Aufgaben lösen zu können, ist es notwendig, daß in allen Orten die Mitgliederorganisation der RH geschaffen wird. Es genügt nicht, wie es jetzt noch mancherorts der Fall ist, daß ein oder zwei Funktionäre RH-Beiträge kassieren, sondern es muß jede Ortsgruppe einen mehrgliedrigen Vorstand wählen. Der Vorstand hat für die gewissenhafte Erledigung der organisatorischen Aufgaben zu sorgen. Unter allen Umständen muß er bemüht sein, einen großen Stab von Hauskassierern zu schaffen. Für diese Funktion können sich auch Arbeiterinnen und Hausfrauen zur Verfügung stellen. Geschieht das, dann wird es sehr leicht sein, nicht nur größere Massen des Proletariats für die Mitgliedschaft zur RH zu gewinnen, sondern die gewonnenen Mitglieder auch durch regelmäßige Kassierung dauernd an die Organisation zu binden. Erst dann, wenn wir in allen Orten starke, auf überparteilicher Grundlage aufgebaute Ortsgruppen mit einem weitverzweigten Kassiererapparat haben und intensivste Werbearbeit leisten, wird die RH nicht nur leistungsfähiger gegenüber den Opfern der Klassenjustiz, sondern auch politisch schlagkräftiger werden im Kampf gegen die Klassenjustiz selbst.

Die Gefängnisgruel sollen nicht ans Tageslicht kommen!

RS. Im Jahre 1923 meuterten die Insassen des Zuchthauses in Brandenburg a. d. Havel. Es war ihr letztes Mittel, um sich gegen ein brutales Ausbeutungssystem, in welches sie Tag für Tag gepreßt wurden, zur Wehr zu setzen und sich eine menschenwürdige Behandlung und menschenwürdige Nahrung zu erzwingen. Zahlreiche Gefangene waren vor der Meuterei in den Hungerstreik getreten und erst als dieses Mittel bei der Gefängnisbehörde nichts fruchtete, lehnten sie sich gegen ihre Peiniger und gegen das brutale Zuchthausregime auf. Die Meuterei wurde mit Schüssen aus Schupolarabinern niedergeschlagen. Statt Brot und einer menschenwürdigen Behandlung erhielten die Zuchthausgefangenen die Zwangsjacke und blaue Bohnen. Nachdem die Gefangenen so „beruhigt“ worden waren, erhob die Staatsanwaltschaft gegen hundert der Beteiligten Anklage wegen Meuterei. Der Prozeß sollte in Bälde stattfinden. Jetzt wird bekanntgegeben, daß gegen die meisten der Angeklagten das Verfahren niedergeschlagen worden ist mit der Begründung des Justizministeriums, „daß das Vorgehen der Brandenburger Gefangenen in erster Linie aus der damaligen politischen Lage entstand und daß die Auflehnung in erster Linie aus politischen Gründen resultierte, die in der allgemeinen Welle der Unruhe des Jahres 1923 ihre Ursache hatte“.

Diese politische Einsicht des preussischen Justizministeriums ist denn doch zu durchsichtig. In Wahrheit fürchtet man durch die Aufrollung eines solchen Monstreprozesses, daß die Zuchthausgruel und der barbarische Strafvollzug in Deutschland vor das Forum der Öffentlichkeit gezerzt und vor aller Welt enthüllt werden würden.

Das ist der tiefere Sinn dieser „Amnestie“.

Abgerechnete Ortsgruppen

(Die in Klammern gesetzten Zahlen geben die Mitgliederstärke an)

Adorf i. B. (72) 29.— M. Amberoda i. G. (29) 8.70 M. Anna-berg (—) 23.20 M. Aue i. G. (181) 74.70 M. Auerbach i. G. (28) 14.— M. Auerbach i. B. (15) 6.20 M. Auerswalde (80) 35.90 M. Bernsdorf (152) 78.80 M. Bockau (46) 12.70 M. Buchholz (45) 32.50 M. Burkhardsdorf (45) 30.— M. Cainsdorf (23) 15.40 M. Althemnitz, oben, (—) 47.50 M. Althemnitz, unten, (87) 58.40 M. Ch-Bernsdorf (58) 18.90 M. Ch-Borna (60) 17.10, Ch-Weersdorf (110) 30.40 M. Ch-Gablenz (164) 82.40 M. Ch-Hilbersdorf (43) 31.— M. Ch-Kappel (144) 14.70 M. Ch-Markersdorf (14) 4.90 M. Ch-Nord (142) 62.— M. Ch-Ost (170) 135.60 M. Ch-Süd (401) 263.45 M. Ch-West (131) 224.— M. Ditzmannsdorf (9) 3.60 M. Döbeln (100) 35.20 M. Ebersbach bei Zwickau (9) 10.30 M. Ehrenfriedersdorf (45) 29.50 M. Eintriedel (106) 50.— M. Ellefeld (15) 5.40 M. Elterlein-Schwarzbach (15) 8.80 M. Gallenau (32) 29.10 M. Friedrichsgrün (11) 5.— M. Glauchau (70) 13.50 M. Hornsdorf (67) 87.80 M. Grünhain (20) 14.20 M. Grünstädt (22) 8.40 M. Hainichen (117) 28.10 M. Hartmannsdorf (—) 107.70 M. Heiersdorf bei Burgstädt (24) 11.60 M. Hohenstein (259) 78.50 M. Hohndorf (3) 2.70 M. Kändler (155) 44.— M. Kirchberg (—) 32.60 M. Köthensdorf (22) 40.90 M. Langendursdorf (30) 18.— M. Lauter (54) 36.65 M. Lengenfeld i. B. (25) 20.— M. Leisnig (38) 9.— M. Lengenfeld i. G. (80) 24.50 M. Leutersdorf (32) 13.10 M. Limbach (36) 108.66 M. Löhnitz (47) 22.70 M. Mühlau bei Burgstädt (70) 71.— M. Mülsen St. Jacob (11) 3.50 M. Mylau i. B. (34) 10.10 M. Nejschtau i. B. (41) 37.15 M. Neutirchen (47) 16.40 M. Neundorf (8) 4.60 M. Neuwelt bei Schwarzenberg (58) 13.10 M. Niederhain (90) 42.85 M. Niederwürschnitz (58) 57.80 M. Niederwöhitz (10) 6.— M. Rössen (32) 6.— M. Obercrinitz (16) 8.— M. Oberlosa (51) 10.20 M. Oberlungwitz (144) 75.40 M. Oederan (131) 77.55 M. Oelsnitz i. B. (309) 121.30 M. Otten-dorf 24.40 M. Penig (44) 24.— M. Plauen (490) 218.75 M. Pöhlitz (46) 30.— M. Reichenbach bei Hohenstein (29) 2.— M. Reinsdorf bei Plauen (18) 10.— M. Remse (33) 13.20 M. Ruzdorf (90) 60.— M. Köthenbach (5) 2.— M. Rottluff (24) 8.— M. Schloßhagen-Pörschendorf (4) 3.20 M. Schneeberg (66) 61.70 M. Schönbrunn bei Wolfenstein (18) 8.70 M. Schönheide (10) 4.80 M. Schreiersgrün (90) 32.20 M. Schwarzenberg (158) 80.95 M. Sehma (29) 18.40 M. Sofia (7) 3.50 M. Stollbera (92) 27.20 M. Thurm (10) 5.— M. Treuen (22) 12.70 M. Unter-triebel (53) 27.10 M. Waldheim (32) 14.90 M. Werdau 8.70 M. Wilkau (59) 19.80 M. Wittgensdorf (42) 15.90 M. Wüstenbrand (30) 12.60 M. Ziegra bei Döbeln (8) 4.— M. Zschopau (50) 11.30 M. Zschornau (12) 7.50 M. Zwickau-Pöhlitz (51) 9.50 M. Zwickau-Schneidewitz (32) 6.90 M.

Quittung für RS

vom 14. bis 30. November 1925

Ortsgruppe Remse (wiederholt) 35.— M. gemütl. Bet-sammeln der Holzarbeiter der Fa. W. Steinert u. Sohn, Frankenberg, durch Genossen Bruno Leuschwitz 10.75 M. öffent-

liche Versammlung Crimmitschau, Apollatheater 5.70 M. Spiel-abend Restaurant „Börje“, Reichenbach i. B. 16.— M. Vögeln-stein-G., Sammlung, 6.40 M. Frau Haack, Bachgasse, durch Hoimann, 20.— M. Stammtisch Restaurant Frankes Bierstube, durch Babelt, 10.75 M. Gezer, Fahrenweide RZB, 16.70 M. RPD-Gemeindevorordnetenfraktion Marbach 3.— M. Gotthold Schneider, Chemnitz, 0.50 M. Ausgeschl. Bauarbeiter-Verband 60.— M. Alfred Weber, Ch., 10.— M. Fritz Müller, Ch., 10.— M. Ortsverein der Diensteuer, Ch., 100.— M. Gesangs-verein „Wiederhau“, Wüstenbrand 18.— M. Klaus und Sperling 2.50 M. Genosse S. F. 5.— M. Rechtsauskunft Redaktion 1.— M. Zimmerer-Verband Ch., 200.— M. Genosse Ceruz durch Samm-lung 11.15 M. Genosse Wunderlich 5.— M. Revolutionsfeier Markersdorf 39.— M. Genosse Glombika 70.— M. Lunzenau, Sammlung, 13.05 M. RPD-Gemeindevorordnetenfraktion Auer-bach i. B. 50.— M. Untertriebel, Sammlung, 71.30 M. Rottluff, Sammlung, 7.— M. Genosse Möhler, Ch., 35.— M. Genosse Neubert, Ch., 35.— M. Claugnitz, Weihnachtsammelliste 122.65 M. Unbekannt, Aue i. G., 5.— M. durch Genossen Erber, Prestowert, 15.— M. Frühchoppen Gefangenverein „Freie Sänger“, Lauter, 3.65 M. Ch-Vitendorf, Roter Tag, 12.— M. Unbenannt Ruzdorf 1.— M. Fußballabtlg. Lannenberg 5.25 M. Arbeiter-Radfahrer Hohenstein-Gr. 6.50 M. Radfahrer-Verein Grünhain 7.20 M. Turnverein Köthensdorf 19.— M. Sammlung Köthensdorf 4.20 M. Gefangenverein „Einigkeit“, Kändler 20.— M. Sammlung Kändler 43.— M. Genosse Schminde 105.— M. Genosse Granz 35.— M. RPD-Gemeindevorordnetenfraktion Plauen 6.— M. Burkhardsdorf, Sammlung, 80.— M. Teller-sammlung, Ruzdorf, 7.20 M. Sänger-Verein, Unter-Mark-grün 20.— M. Gefangenverein Mittelrotha 18.30 M. Gesangs-verein Lura, Schlettau, 11.20 M. Arbeiter-Turnverein Köthens-dorf 19.— M. Frauenriege Köthensdorf 4.20 M. Bauarbeiter-sammlung durch Genossen Sch., Auerbach bei Zwickau, 23.— M. Max Weigelt, Schneeberg (anlässlich der Revolutionsfeier), 30.— M.

Rassenberichte

für den Monat September 1925

Einnahme	Umschreibung
Eintrittsgelder	11.40 M
Beiträge	1612.40 M
Kollektivbeiträge	216.55 M
Sammlungen	868.50 M
Postkarten	52.50 M
Poststücken	82.45 M
Zeitschriften	58.70 M
Freiwillige Beiträge der „Kämpfer“-Zelle	1552.85 M
Pflichtbeiträge	2500.00 M
Sonstige Einnahmen	1727.20 M
	8682.55 M
Rassenbestand am 1. 9. 25	6694.74 M
	Ca. 17 377.29 M
Unterstützt wurden 38 Frauen, 66 Kinder, 39 Gefangene, 5 Entlassene, 9 Notstände.	

Monat Oktober 1925

Einnahme	Umschreibung
Eintrittsgelder	49.70 M
Beiträge	2026.05 M
Kollektivbeiträge	37.00 M
Sammlungen	785.34 M
Postkarten	39.10 M
Poststücken	129.50 M
Sammlungen	79.20 M
Sonstige Einnahmen	437.25 M
Freiwillige Beiträge der „Kämpfer“-Zelle u. Angef.	1865.60 M
Pflichtbeiträge	2540.60 M
	Ca. 7989.34 M
Bestand am 1. 10. 25	13 636.90 M
	Ca. 21 626.24 M
Unterstützt wurden 35 Frauen, 64 Kinder, 36 Gefangene, 4 Entlassene, 15 Notstände.	

Der Ruf um Winterhilfe findet Wiederhall

Die kleine Ortsgruppe Untertriebel i. V. gab den Auftakt, das Resultat ist bereits im „Kämpfer“ veröffentlicht, ebenso das Resultat der kleinen Ortsgruppe Clausnitz b. Burgstädt. Dieses Resultat ist gewiß ein glänzendes zu nennen, aber schon melden sich andere Ortsgruppen, um nicht zurückzustehen. So meldet z. B. Ruzdorf ein vorläufiges Ergebnis von 300.— Mark Abschlag (die Sammlung geht weiter). Ein neuer Beweis, daß die Sympathie der Werktätigen bei den proletarischen Gefangenen ist.